

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Die letzte Stadtratssitzung fand am 18. November 2015 statt. Zu Beginn erstattete der Oberbürgermeister Andreas Bausewein mündlich Bericht über die aktuelle Entwicklung der Integration von Flüchtlingen in der Landeshauptstadt Erfurt.

Die von der Fraktion Die Linke beantragte aktuelle Stunde hatte dieses Mal die Mehrkosten der Multifunktionsarena zum Gegenstand.

Daneben wurde das Sozialticket 2015 mit der Festlegung, es auch 2016 fortzuführen, beschlossen. Das Abfallwirtschaftskonzept 2016 und die Erhebung von Abfallgebühren, der Wirtschaftsplan 2016 der KoWo sowie der Gewässerschutz waren u.a. ebenfalls Gegenstand der Sitzung.

Die öffentlichen Unterlagen der Stadtratssitzungen können auf der Seite

<http://buengerinfo.erfurt.de> heruntergeladen werden.

Die Stadt Erfurt und die Thüringer Allgemeine bieten zudem einen Videomitschnitt der letzten Stadtratssitzung an:

- <http://www.plenum-tv.de/tv/xplaysld.jsp?strid=gkauwdqpkdir1f1ezdrp50248-1421764031304-11>
- <http://erfurt.thueringer-allgemeine.de/>

### **Aktuelle Stunde - Multifunktionsarena (MFA) und 1. Nachtragshaushaltsplan 2015**

Diese aktuelle Stunde wurde auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung gesetzt. Hintergrund waren die höheren Baukosten des neuen Stadions, welche unter dem TOP 9.24 (1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 und 1. Nachtragshaushaltsplan 2015) beschlossen wurden. Schnell wurde deutlich, dass eine pauschale Suche nach dem / der Schuldigen nicht zielführend und nicht angemessen wäre.

Vielmehr ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Dies gilt auch für den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes (RPA). Dieser Bericht zeigt, dass in der Tat Fehler gemacht worden sind. Planungszeiträume wurden nicht richtig kalkuliert, Informationen nicht rechtzeitig weiter gegeben und in der Kooperation der Ämter hat es auch Hürden und Blockaden gegeben. Aber dieser

Bericht zeigt auch, dass die Verwaltung die richtigen Wege eingeschlagen hat, etwa die Beauftragung einer externen Rechtsberatung und -begleitung. Und es wurden keinerlei Gelder veruntreut.

Vergessen wir auch nicht, dass andere (politische) Akteure für Verzögerungen mit verantwortlich waren. So erschien dem Finanzausschuss der Stundensatz der externen Beratung zu hoch und war dann Anlass, die Vorlage abzulehnen, nur um schließlich zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass das doppelte der angegebenen Summe durchaus nicht unüblich ist. Statt also pauschal nach personellen Konsequenzen zu rufen, wie es die CDU-Fraktion gerne macht, sollten wir uns die Umstände und die Hintergründe genauer anschauen, auch um Fehlerquellen für die Zukunft ausschließen zu können:

- In dieser Größenordnung ist in den letzten Jahren noch kein Projekt in Erfurt realisiert worden, es gibt kaum ähnlich vergleichbare Projekte, aus deren Erfahrungen man hätte lernen können.
- Die meisten Wege sind Neuland und es ist ein Prozess, gut zu sehen bei der Suche nach einer Betreibergesellschaft, die dann am Ende gemeinsam von den Stadtwerken und der Messe Gesellschaft übernommen wurde. Durch die neue Konstellation mit den Betreibern ergaben sich neue Anforderungen an den Bau – also learning by doing.
- Der Bericht des RPA übt Kritik daran, dass die komplette Aufgabe an ein Dezernat übergeben wurde, ohne dass eine einzige zusätzliche Personalstelle dafür geschaffen wurde. Dies bedeutet, dass der Bau der MFA neben all der täglichen Arbeiten betreut werden muss. Darum ist manche Entscheidung unter großem Druck gefallen – und hätte mit mehr Personal wohl entspannter bearbeitet werden können.
- Zusätzliche Kostenrisiken sind dem Umstand geschuldet, dass viele Dinge nicht vorhersehbar waren. So wurden bspw. die Auflagen für ein neues Brandschutzkonzept erhöht, wonach die Westtribüne als Bestand nicht mehr geschützt war, sondern an die neuen Auflagen angepasst werden musste. Damit aber musste die West-Tribüne nachgerüstet werden, da sie ehemals je eben nicht im Erstantrag enthalten war (und auch nicht sein musste). Der Zuwachs an Fördermitteln ist also jenem Umstand geschuldet, dass Sicherheitsstandards inzwischen erhöht wurden. Dass die Abwasserkanalisation komplett erneuert werden muss, stellte sich erst heraus, als der Boden aufgegraben wurde. Teilweise stimmten alte Bauunterlagen nicht, auch dies wurde erst festgestellt als der Boden freigelegt wurde. Wenn die Verwaltung sich auf Bauunterlagen aus den 90ern nicht verlassen kann, so ist dies nicht der heutigen Verwaltung anzulasten.

- Insgesamt handelt es sich hier um ein Projekt, bei dem von vornherein klar war, dass es nicht problemlos zu meistern sein wird. Mit zusätzlichem Personal für ein so wichtiges Bauvorhaben und mit etwas mehr Zeit hätten einige Fehler sicher vermieden werden können. Gespräche mit dem Fördermittelgeber über zusätzliche Mittel laufen aktuell noch - die Stadt hofft, 87-90% der Mehrkosten über eine Förderung aufzufangen. Bis dahin sind ein Kreditrahmen und die Verpflichtungsermächtigungen Voraussetzung für den Weiterbau.

- Die beschlossenen Mehrkosten belaufen sich auf ca. 6,8 Mio. €.

Gehen wir der Vereinfachung wegen von ca. 7 Mio. € und von 85% Fördersatz aus. Alle folgenden Zahlen sind grobe Schätzungen. Von den etwa 7 Millionen € können nach heutigem Stand etwa 500.000,- € nicht gefördert werden, da sie sich auf den Brandschutz der West-Tribüne beziehen. Dieser Betrag bleibt definitiv an der Stadt hängen. Bleiben 6,5 Millionen. Davon beziehen sich etwa 2,4 Mio. auf das externe Kanalsystem, dessen Sanierung zum jetzigen Zeitpunkt nicht unbedingt nötig ist, aber mit 85% (u. U. 90%) gefördert werden könnte. Die Stadt führt diesbezüglich noch Gespräche mit dem Land als Fördermittelgeber. Bleiben 4,1 Mio., die sich auf sehr unterschiedliche Dinge beziehen, etwa den Kanal intern, den Umbau der Küche, die Sitzausstattung, Umfeldgestaltung etc. Auch das ist förderbar - mit ebenfalls 85%, aber ebenfalls noch offen. Einige Dinge brauchen wir, etwa das interne Kanalsystem, andere aktuell nicht, etwa die Sitze etc.

Wenn das Land sich an die bisherigen Fördersätze hält (was signalisiert aber noch nicht bestätigt wurde), müsste die Stadt 500.000,- € (nicht förderbarer Anteil) plus der weiteren 975.000,- € (15 %iger Eigenanteil aus 6,5 Mio. €) als Mehraufwendungen tragen. Das wären dann die gegenwärtig zusätzlichen Investitionen mit 15-20 jähriger Laufzeit. Zugleich umfasste diese Gesamtsumme alle erwünschten Maßnahmen (das Optimum quasi), also auch die, die zum jetzigen Zeitraum noch nicht unmittelbar nötig sind, also gegenwärtig auch verzichtbar wären. So könnte sich der genannte Gesamtbetrag auch noch sichtbar reduzieren.

Falls das Land schlimmstenfalls gar nichts fördern sollte (was sehr unwahrscheinlich ist) - sind wir bei 500.000,- € (fest) und 4,6 Mio. € (von denen wir vielleicht Maßnahmen im Umfang von einer Million aktuell streichen könnten), also bei 5,1 Mio. Auch das wären Investitionen auf 15 oder 20 Jahre. Das ist der worst-case, der den externen Kanal herausrechnet und die extrem unwahrscheinliche Annahme enthält, dass es für keine Maßnahme irgendeine Förderung gibt.

- Wir wollen die Situation nicht schön reden. Wir hätten alle sehr gerne auf die nun unabwendbaren Mehrkosten verzichten können. Als Grüne hätten wir dies ganz besonders gerne getan. Wenn man sich aber diese Zahlen anschaut, verlieren sie doch sehr viel an Dramatik; und die Rede der Opposition von (gesicherten) 7 Mio. € Zusatzkosten ist deshalb maßlos übertrieben.
- Schließlich sollten wir bei der ganzen hitzigen Debatte, bei aller berechtigten (und unberechtigten) Kritik nicht vergessen, dass es sich um eine große Investition und nicht um Konsumausgaben handelt. Eine Investition von langfristigem Wert für die gesamte Stadt, auch und vor allem aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Zudem werden die Investitionen kreditfinanziert mit einer Laufzeit von 15-20 Jahren. Sie werden also nicht gleich und sofort in voller Höhe wirksam und fällig.
- Nimmt die Arena erstmal ihren Betrieb auf, so rechnet die Stadt heute damit, ab dem zweiten Betriebsjahr eine schwarze Null zu erwirtschaften. Das heutige, alte und sanierungsbedürftige Stadion kostet die Stadt Erfurt jährlich ca. 1,4 Mio. € an Zuschüssen. Wir sollten also nicht vergessen, dass wir mit einer neuen Arena gute Chancen haben, fixe Ausgaben zu reduzieren, also Geld zu sparen. Dass diese Hoffnung berechtigt ist, hat der Leiter der Erfurter Messe, als zukünftiger Betreiber der Arena, mehrfach dargelegt. Diese Rechnung wurde und wird von all den Kritikern nicht öffentlich angeführt.
- Mit der neuen Arena hat die Stadt Erfurt große Chancen, von dem jetzigen jährlichen Zuschuss wegzukommen und eventuell sogar Einnahmen zu erzielen. Schließlich ist sie an der Betreibergesellschaft über die Tochtergesellschaft SWE beteiligt.

### **Sozialticket 2015 und 2016**

In dieser Stadtratssitzung wurde endlich das Sozialticket 2015 formal beschlossen. Diese Gelegenheit nutzten wir, um mit einem RRG-Antrag das Sozialticket 2016 in seiner aktuellen Form und im aktuellen Umfang zu sichern. Das Ticket ist demnach auch im Jahr 2016 ggf. auch unter den Bedingungen einer vorläufigen Haushaltsführung fortzuführen. Mit dem Beschluss dieses Antrags können wir eine Versorgungslücke wie in diesem Jahr vermeiden.

### **Abfallwirtschaftskonzept 2016 und Erhebung von Abfallgebühren**

Die beschlossene Abfallwirtschaftssatzung (AbfwS) bildet das neue und bereits beschlossene Abfallwirtschaftskonzept 2016 ab. Die Abfallwirtschaftssatzung (AbfwS) regelt den Leistungsumfang, die Abfallgebührensatzung (AbfGebS) bildet die Abfallgebührenkalkulation für den

Zeitraum 2016 – 2018 ab. Mit dem Beschluss der AbfGebS wurden höhere Abfallgebühren ab 2016 beschlossen. Die Gründe für den Anstieg der Gebühren sind vielfältiger Natur:

- Künftige Zunahme des Hausmülls und des Altpapier Volumens, weil Erfurt einwohnerseitig eine wachsende Stadt ist.
- Errichtung des neuen Wertstoffhofes in der Eugen-Richter-Str.;
- Kosten für die Restabfallbehandlung steigen von 135 € auf ca. 150 € /Tonne;
- Höhere Kosten sind bei der Restabfallbehandlung 2012 sowie beim Betrieb und Rekultivierung der Deponie Erfurt-Schwerborn angefallen;
- Deutlich zurückgegangene Papiererlöse (Verlust von 1,63 Mio. €);
- Sperrmüllmengen sind 2013-2015 erheblich angestiegen (14 % plus ggü. Mittelwert); die durchschnittlichen Kosten der Containerentsorgung auch (+ 8,8,%)  
→ Im Jahr 2013 musste eine Nachzahlung von 861.324 EUR (brutto) an die TUS GmbH für die Beseitigung der kommunalen Abfälle in der RABA aus dem Jahr 2012 geleistet werden.

Daraus ergibt sich für den Zeitraum 2012-2015 eine Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben von rund 11 Mio. €. Jedoch war aufgrund einer Rücklage eine Unterdeckung von nur ca. 4 Mio. € geplant (das damalige Vorhandensein der Gebührenaussgleichsrücklage führte u.a. zu der Gebührenerkung 2013 - 2015, was die notwendige Erhöhung jetzt deutlich höher ausfallen lässt).

Im Ergebnis ist die Unterdeckung 2012-2015 größer ausgefallen als geplant. Diese muss nun kommunalrechtlich ausgeglichen werden.

*Im Übrigen: Die **CDU-Fraktion** behauptet auf ihrer Webseite, die Leistungen der Abfallentsorgung würden sinken und zusätzlich die Gebühren steigen:*

*"Betroffen sind u.a. die ländlichen Ortsteile, wo bekanntermaßen mehr Grünabfälle entstehen. Allerdings sollen die Grüncontainer dort jetzt wegfallen."<sup>1</sup>*

***Dies ist eine Falschmeldung!*** Die Grüncontainer sollte ursprünglich wegfallen, wurden aber mit der Verabschiedung des Haushalts 2015 wieder ins Abfallkonzept aufgenommen. Die Behauptung der CDU ist entsprechend schlicht falsch. Die Grüncontainer werden nicht wegfallen.

---

<sup>1</sup> Siehe "Das rot-rot-grüne Gießkannenprinzip: Nehmen und umverteilen", auf: <http://www.cdu-fraktion-erfurt.de/inhalte/1/aktuelles/105996/aspekte-der-stadtratssitzung-vom-18-november-2015/index.html>; abgerufen am 24.Nov.2015.

## **Gewässerschutz durch das Verbot der Ausbringung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln auf verpachteten städtischen Grundstücken im Bereich von Gewässerrandstreifen**

Über diesen Antrag der Verwaltung haben wir uns sehr gefreut! Noch mehr hat es uns gefreut, dass dieser Antrag die Zustimmung der Mehrheit fand.

Es handelt sich hier um die Teilnahme Erfurts an einem landesweiten Förderprogramm (KULAP). Ziel ist die deutliche Verbesserung der Wasserqualität der Oberflächengewässer, gem. der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL). Thüringen hält bei einem Großteil seiner Gewässer viele der geforderten Grenzwerte immer noch nicht ein, weil u.a. die Nährstoff- und Pestizid-Einträge aus der Landwirtschaft viel zu hoch sind.

10 Meter breite Uferrandstreifen, welche nicht landwirtschaftlich beackert werden dürfen, sind die effektivsten Filter, um diese Einträge in die Gewässer zu vermeiden.

Zudem kommt der Umstand hinzu, dass das Förderprogramm eng an die Renaturierung von Fließgewässern angekoppelt ist. Dies soll auch dem naturnahen Hochwasserschutz dienen.

Zu diesem Antrag der Verwaltung haben wir eine Ergänzung eingebracht und beschlossen. Dieser Ergänzung nach soll die Stadtverwaltung Erfurt im Rahmen der regionalen Planungsgemeinschaft anregen, dass auch andere Kommunen ähnliche Regelungen zur Verbesserung des Gewässerschutzes treffen.

Als Grüne Fraktion begrüßen wir diesen Antrag sehr! Wir hatten zum Thema Verbot von Glyphosat auf städtischen Pachtflächen vor einem halben Jahr schon eine Anfrage gestellt. Damals schien unser Anliegen ein Ding der Unmöglichkeit zu sein. Nun zeigte uns die Vorlage des Umweltamtes, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, die Pachtverträge entsprechend anzupassen.

Im Rahmen unserer Fraktionsarbeit werden wir dieses Thema weiterverfolgen. Ziel und unser Wunsch ist es, mit einem lokalen Modellprojekt die Möglichkeiten für mehr Blühflächen und damit mehr Stadtökologie in Erfurt aufzuzeigen. Dies wäre dann die Grundlage für weiterführende Anträge.

## **Wirtschaftsplan 2016 der KoWo**

Die KOWO plant das Geschäftsjahr 2016 mit einem Jahresüberschuss von voraussichtlich 1,0299 Mio. € abzuschließen. Im Planungszeitraum 2016 - 2020 werden positive Jahresergebnisse und stabile Liquiditätsüberschüsse erwartet. Für die Jahre 2016 – 2020 ist jeweils eine Ausschüttung an die Gesellschafterin von 750.000,- € vorgesehen.

Diesen Vorschlag der Verwaltung hätten wir so mitgetragen, da der städtische Haushalt diese Ausschüttung dringend benötigt und die KOWO andererseits ein solides Unternehmen ist, das mit klugen Kalkulationen gut aufgestellt ist für die Zukunft. Dafür war jedoch keine Mehrheit zu gewinnen. Die Ausschüttung wurde in Höhe von 500.000,- € beschlossen. Ob die KOWO mit (gesparten) 250.000€ tatsächlich so viel anfangen kann (wie von manchen behauptet), oder ob die 250.000€ für soziale und kulturelle Zwecke in der Stadt nicht hilfreicher gewesen wären, mag jede/r für sich selber entscheiden.

**Sonstiges:**

Die nächste Stadtratssitzung findet am 02. 12. 2015 statt.

Mit besten Grüßen,

Prof. Dr. Alexander Thumfart – Fraktionsvorsitzender